

Antrag Nr. 06-F-01-0096

16 Büro der STVV

Betreff:

Energieplan für Wiesbaden
Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 23.10.2006

Antragstext:

Der Klimawandel macht vor Deutschland nicht halt. Modellrechnungen des Umweltbundesamtes lassen einen Anstieg der Jahresmitteltemperatur bis zum Jahr 2100 im Vergleich zum Zeitraum 1961 bis 1990 um 1,5 bis 3,7 Grad Celsius (°C) erwarten. Als sehr wahrscheinlich gilt eine Erwärmung um 2 bis 3 °C, die sich saisonal unterschiedlich stark ausprägen wird. Der größte Temperaturanstieg ist im Winter zu erwarten. Die sommerlichen Niederschläge könnten sich bis zum Jahr 2100 um 30 Prozent verringern. Am stärksten wäre dieser Niederschlagsrückgang im Nordosten und Südwesten Deutschlands ausgeprägt. Dort könnten gegen Ende dieses Jahrhunderts etwa nur noch zwei Drittel der bisher gewohnten Niederschläge fallen.

Das Umweltbundesamt hält es für technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll, den Ausstoß der Treibhausgase in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. Eine deutlich höhere Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind wichtige Chancen, unser Klima zu schonen. Nichtstun beim Klimaschutz ist teuer: Allein die Schäden extremer Wetterereignisse der vergangenen zehn Jahre belaufen sich in Deutschland auf etwa 16,5 Milliarden Euro. Nach ersten Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) könnten diese Kosten in Deutschland bis 2050 auf jährlich 27 Milliarden Euro steigen.

Das Ausmaß der möglichen Konsequenzen der globalen Erwärmung führt zur Frage, wie diese verhindert oder ihre Folgen zumindest gemildert werden können. Die Grenze von tolerablem zu "gefährlichem" Klimawandel wird politisch beispielsweise von der Europäischen Union mit einer Erwärmung um 2°C benannt. Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts müsste dafür der CO₂-Ausstoß um etwa 80-90% im Vergleich zu 2005 reduziert werden.

Auf globaler, regionaler und lokaler Ebene sind zahlreiche Maßnahmen zum Klimaschutz möglich und teilweise bereits beschlossen. Besonders den erneuerbaren Energien kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Zudem bestehen zahlreiche Möglichkeiten, durch individuelle Verhaltensumstellungen und veränderten Konsum einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Hierzu können neben vielen anderen Maßnahmen vermehrte Energieeinsparung, der Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel oder die Investition in erneuerbare Energieträger im privaten Bereich gezählt werden.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge der Ausschuss beschließen:

1. Der Magistrat wird - auch angesichts der Planungen für ein neues Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue sowie der Überlegungen zum Bau eines Müllheizkraftwerkes am Dyckerhoffbruch – gebeten, mittelfristig einen Energieplan für Wiesbaden zu entwickeln.
2. Zu diesem Energieplan soll eine Bedarfsanalyse gehören, aber auch Möglichkeiten Energie in Wiesbaden einzusparen. Außerdem ist dort aufzuführen, welche regenerativen Energieträger in Zukunft in Wiesbaden stärker zum Einsatz kommen können.

Antrag Nr. 06-F-01-0096
16 Büro der STVV

3. Der Magistrat wird aufgefordert, als ersten Schritt zu dem Energieplan ein wissenschaftliches Symposium für die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden zu veranstalten. In diesem Symposium soll unter den Bedingungen des weltweiten Klimawandels erörtert werden, wie die zukünftige Energieversorgung in Wiesbaden aussehen soll, welche Möglichkeiten der Energieproduktion und –versorgung eine Kommune wie Wiesbaden künftig hat und in welche Richtung die weitere Planung gehen könnte.

4. Der Magistrat wird gebeten, dem Umweltausschuss in seiner nächsten Sitzung am 28. November 2006 ein Konzept für dieses Symposium samt Zeitplanung vorzulegen.

Begründung:

Wiesbaden, 23.10.2006

gez.

Klaus Ries
Umweltpolitischer Sprecher

F.d.R.

Christian Lahr
Fraktionsassistent